



Deutsche Afrika Stiftung e.V.
Fondation Allemande pour l'Afrique
German Africa Foundation



Zusammenfassung

Parlamentarisches Frühstück: „Kein Frieden in Sicht? – Einschätzungen zur aktuellen humanitären Situation im Sudan und Südsudan“

21.3.2024, 7:45 – 8:45 Uhr
Deutscher Bundestag, Berlin

Hintergrund

Trotz internationaler Vermittlungsbemühungen zeichnet sich kein Ende des Konflikts im Sudan ab. Fast 25 Millionen Menschen, gut die Hälfte der Bevölkerung, benötigen humanitäre Hilfe; darunter etwa 5 Millionen Menschen, die am Rande einer Hungersnot stehen und fast 7 Millionen Kinder, die stark unterernährt sind. Seit Beginn des Krieges im April 2023 sind zudem fast 8 Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben worden. Viele von ihnen sind nach Ägypten, Tschad, Äthiopien, in den Südsudan und in die Zentralafrikanische Republik geflohen - Länder, die ohnehin bereits mit immensen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Im Südsudan etwa leben immer noch 2,6 Millionen Binnenvertriebene und die politische Transition, die Ende dieses Jahres in freien und fairen Wahlen enden soll, steht auf wackligen Beinen. Es spitzt sich folglich nicht nur die humanitäre Lage im Sudan weiter zu, auch das Potenzial der Destabilisierung der gesamten Region steigt stetig an. Dennoch bleiben die Sudan-Krise und ihre Auswirkungen auf die Nachbarländer für die Weltgemeinschaft beinahe unsichtbar.

Vor diesem Hintergrund luden Frau Kordula Schulz-Asche, MdB und Vorsitzende der Parlamentariergruppe Östliches Afrika und die Deutsche Afrika Stiftung in Zusammenarbeit mit Plan International Deutschland zum Parlamentarisches Frühstück ein.

Highlights

- Die humanitäre Situation im Sudan ist kritisch. Es droht nicht nur die weltweit größte Hungersnot, sondern auch das Übergreifen des Krieges auf andere Länder der Region.
- Die politische Lage ist durch die Vielzahl der Konfliktparteien, die Fragmentierung von Friedensinitiativen und fehlendes gegenseitiges Vertrauen sehr schwierig und komplex.
- Neben der zu geringen humanitären Hilfe fehlt es vor allem an Strukturen, um bestehende Mittel gerecht zu verteilen; aktuell würden Hilfsgüter vor allem an Truppen verteilt. Eine Chance liegt in der Kooperation mit regionalen *Emergency Committees* ergänzend zu traditionellen Hilfsorganisationen.
- Deutschland verfolgt gemeinsam mit Frankreich das Ziel der Vereinigung bestehender

Begrüßung &
Moderation

Kordula Schulz-Asche
MdB (Die Grünen),
Vorsitzende der
Parlamentariergruppe
Östliches Afrika

Diskussion

Regine Heß
Leiterin Referat Östliches
Afrika, Auswärtiges Amt

Mohammed Kamal
Landesdirektor Südsudan, Plan
International



Gefördert durch:
 Auswärtiges Amt
aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Deutsche Afrika Stiftung e.V.
Fondation Allemande pour l'Afrique
German Africa Foundation



Friedensinitiativen unter einem zentralen Vermittler – dieser sei aber noch nicht identifiziert. Am 15. April findet eine Geberkonferenz in Paris zur Sammlung von Geldern für den Sudan und dessen Nachbarstaaten statt.

Humanitäre Situation vor Ort

Alle Teilnehmenden stimmten darin überein, dass die humanitäre Situation im Sudan kritisch sei und sich weiter zuspitze. So seien seit Beginn des Krieges 8 Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben worden und mehr als 7 Millionen, darunter viele Kinder und schwangere Frauen, akut von Hunger bedroht. Neben der unzureichenden humanitären Hilfe wurde auch die Gefahr eines weiteren Übergreifens des Konflikts auf Nachbarländer und die gesamte Region betont. Länder wie der Südsudan seien bereits jetzt von vielfältigen Krisen betroffen und nicht in der Lage, die vielen Geflüchteten zu versorgen. Ein Beispiel hierfür sei die aktuell teilweise verhinderte Weiterleitung von Öl zwischen dem Sudan und Südsudan, von der der Südsudan wirtschaftlich sehr abhängig ist. Es wurde insgesamt eindringlich davor gewarnt, dass die Lage im Sudan das Potenzial für einen über den Sudan hinausgehenden regionalen Krieg berge.

Komplexe und schwierige politische Lage

Einigkeit bestand auch hinsichtlich der Bewertung, dass eine politische Entspannung, geschweige denn ein Ende des Krieges, aufgrund der Vielschichtigkeit der Konflikte und der komplexen Machtverhältnisse im Land nicht in Sicht sei. Demnach gebe es zwar 14 verschiedene Friedensinitiativen im Land, diese würden aber nicht zusammenarbeiten und keine von ihnen könne Akteure in der nötigen Breite hinter sich vereinen. Auch die größeren und bekannteren Initiativen sehen sich weiterhin mit dem Vorwurf konfrontiert, nicht inklusiv genug zu sein. Als Beispiel wurden die von den USA und Saudi-Arabien initiierten Gespräche in Jeddah genannt, an deren Ergebnisse sich die Konfliktparteien im Land jedoch nicht gehalten haben. Eine Teilnehmende verwies darauf, dass Katar aufgrund seiner Beziehungen zu islamistischen Gruppierungen und der damit verbundenen Gesprächskanäle ein aussichtsreicherer Kandidat für Vermittlungen sei als Saudi-Arabien. Zur Sprache kam auch die Verwicklung (etwa durch Waffenlieferungen) anderer Staaten wie des Iran in den Krieg, die politische Fortschritte in der Region weiter erschweren würden. Gleichzeitig zeige die Aktivität eben dieser Akteure, die auch in der Ukraine und am Roten Meer involviert sind, auch die geopolitische Bedeutung des Sudans für Deutschland.

Die Rolle Deutschlands: Humanitäre Hilfe

Hinsichtlich des Engagements Deutschlands in der Region wurde auf die große Menge humanitärer Hilfe verwiesen, die dennoch bei Weitem nicht ausreiche. Von anwesenden Vertreterinnen und Vertretern aus dem Sudan wurde in diesem Zusammenhang aber auch angemerkt, dass nicht nur die Menge humanitärer Hilfe das Problem sei, sondern mindestens ebenso sehr die ungerechte und korrupte Verteilung der Güter. Eine Teilnehmende sprach davon, dass in erster Linie nicht die Kämpfe, sondern die korrupten politischen Autoritäten für die Hungersnot verantwortlich seien. Immer häufiger käme es demnach zu Überfällen auf Erntehäuser, es gäbe kaum noch sichere Verteilungswege und Lebensmittel würden vor allem an die eigenen Truppen verteilt. Es brauche daher eine sofortige Waffenruhe und sichere Hilfskorridore. Eine Chance könnte auch darin liegen, verstärkt mit regionalen *Emergency Committees* zusammenzuarbeiten und nicht nur mit den etablierten Organisationen humanitärer Hilfe. Anwesende betonten auch, dass Deutschland bei der Vielzahl internationaler Krisen an seine Grenzen stoße und andere Länder wie China verstärkt gefordert seien – dafür seien die Vereinten Nationen gegründet worden.



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Deutsche Afrika Stiftung e.V.
Fondation Allemande pour l'Afrique
German Africa Foundation



Die Rolle Deutschlands: Politischer Ausblick

Dass Deutschland den Sudan und seine Nachbarländer nicht vergesse, werde abgesehen von humanitärer Hilfe auch durch die Reise von Außenministerin Baerbock in die Region im Januar unterstrichen. Gemeinsam mit Frankreich setze Deutschland aktuell nicht darauf, eine weitere neue Friedensinitiative zu starten, sondern vielmehr zwischen bestehenden Initiativen zu vermitteln und sie möglichst zusammenzubringen. Ein Hauptmediator, der in der Lage wäre, genügend Akteure hinter sich zu vereinigen, sei allerdings noch nicht identifiziert. Für manche Teilnehmende ist der kürzlich ernannte Sonderbeauftragte der Afrikanischen Union, Mohamed Ibn Chambas, ein Kandidat für diese Rolle. Andere widersprachen und verwiesen darauf, dass die *Sudanese Armed Forces* (SAF) ihn wohl nicht akzeptieren würden. Einig war man sich dahingehend, dass nur Personen und Organisationen aus der Region als Vermittler infrage kommen. Eine Teilnehmende plädierte auch für eine stärkere Kooperation mit China, da dieses starke Interessen in der Region habe und durchaus zu einer pragmatischen Zusammenarbeit bereit sei.

Trotz der schwierigen Lage wurde auch auf die Existenz demokratischer Kräfte im Sudan verwiesen, die man nicht aufgeben dürfe. Gleichzeitig stünden gerade diese Kräfte, insbesondere die Jugend, unter massivem Druck und sähen sich etwa auf Social Media mit Anfeindungen und Hetze konfrontiert. Zum Ende wurde noch einmal zwischen der staatlichen Ebene und der zivilgesellschaftlichen Ebene unterschieden. Deutschland und andere Staaten stünden demnach in der Verantwortung, mehr Druck auf die Kriegsparteien auszuüben und zivilgesellschaftliche Akteure zu unterstützen – am Ende käme es aber auf letztere an, um die Zukunft des Sudans zu bestimmen. Abschließend verwies man auf einer Geberkonferenz am 15. April in Paris, bei der Frankreich, Deutschland und die EU gemeinsam Gelder für den Sudan und seine Nachbarländer mobilisieren wollen.



Gefördert durch:
 Auswärtiges Amt
aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages